

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Max Dresden Nr. 21/22
Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Zentrale: Elbgaupresse Dresden, Postfach Dresden Nr. 656
Postfach-Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Deppert & Co., Dresden-Diesdorf. Verantwortlich für Lokales: Carl Drache. Für den übrigen Inhalt: Eugen Berner beide in Dresden.

Abrechnung: mit den Bestagern: nach Fremden- und Kuristen, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die gespaltenen Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4 gespaltenen Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattonanspruch erstreckt sich auf: d. verpöbl. Zahlung, Klage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
90. Jahrgang

Nr. 100

Sonnabend/Sonntag, den 28./29. April

1928

Letzte Landtagsitzung vor den Wahlen

Dresden, den 27. April 1928.

Der Landtag hielt am Freitag seine letzte Sitzung vor den Wahlen ab und erledigte den Rest der Tagesordnung vom Donnerstag in einer hundertstündigen Sitzung. Zunächst wurde eine sozialdemokratische Anfrage, wonach die Kleinhandelspreise für Lebensmittel, insbesondere für Brot, Fleisch und Gemüse, anzuheben seien und in einem großen Mißverhältnis zu den Erzeugerpreisen stehen, beraten.

Die Regierung wurde gefragt, was sie zu tun gedenke, um die Preissteigerung gegen Preisbremsmaßnahmen zu bekämpfen.

Ministerialdirektor Dr. Klein wies namens des Wirtschaftsministeriums darauf hin, daß die Preise sich laut Reichsstatistik in demselben Verhältnis gesteigert haben wie die Lebensmittelpreise, z. T. sogar noch darüber. Bemerkenswert war, daß in der Aussprache der Abgeordnete Schwarz (Soz.) ausdrücklich ausging, daß die vom Landwirt erzielten Preise für keine Erzeugnisse gegenwärtig ungenügend seien, um ihm eine rentable Wirtschaft zu ermöglichen.

Dieses Angehörige wurde vom Abgeordneten Dr. Schreiber (Dnt.) gebührend festgenommen, bei dem feststellte, daß die Landwirtschaft von den hohen Lebensmittelpreisen keinen Vorteil und das größte Interesse daran habe, daß ihre Produkte auf dem Wege zum Verbraucher so wenig wie möglich verteuert werden.

Der Abgeordnete Schwarz (Soz.) erklärte, daß die bei der Ausbreitung der Konsumvereine, demgegenüber wurde von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Konsumvereine die Lebensmittel im allgemeinen auch nicht billiger geben als der private Einzel- und Kleinhandel.

Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Regierung von irgendwelchen Zwangsmaßnahmen sich nichts versprechen könne.

Um dieselben sich auf das Land Sachsen bezieht, mäßigen. Zugabe sei, daß namentlich beim Fleisch eine erheblich größere Spanne zwischen den Einzelverkaufspreisen und den Erzeugerpreisen besteht als vor dem Kriege. Die Ursache dafür seien erhöhte Kosten, vermehrte steuerliche Belastung und zum Teil auch die Veränderung im Geschmack des Publikums, das gegenwärtig nur hochwertige Fleischsorten und Fleischprodukte verlange.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte Schutzmaßnahmen gegen die zunehmenden Unfälle an ungeschützten Bahnübergängen. Zwei weitere volksparteiliche Anträge wünschten Verbesserung der Eisenbahnverhältnisse in Sachsen und in der Ober-Sachsen.

Die Regierung teilte mit, die Reichsbahnverwaltung sei bestrebt, die in Aussicht genommenen Verbesserungen so bald als möglich umzusetzen zu lassen. In der Aussprache wurde betont, daß

die Interessen Sachsens seit dem Uebergang seiner Staatsbahnen an das Reich durch die Reichszentralverwaltung sehr vernachlässigt werden, daß aber Sachsen leider keine Machtmittel zur Verfügung stehen, um eine bessere Berücksichtigung zu erzwingen. Die Anträge gingen an den Haushaltsausschuß.

Zum Schluß wurden ohne Aussprache die Kapitel Kunstgewerbliche Akademien, Gewerbeschule zu Chemnitz, Staatsbauschulen sowie Fach-, Gewerbe- und Handelsschulen angenommen.

Der Präsident wurde ermächtigt, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die voraussichtlich am 7. Juni stattfinden wird, zu bestimmen.

Länderbesprechungen in Dresden.

Im sächsischen Innenministerium haben gestern Besprechungen zwischen den Vertretern der politischen Abteilungen in den Innenministerien der Länder begonnen. Diese Besprechungen finden alljährlich auf Einladung des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung statt und werden vertraulich geführt.

Der neue Vorstand der Deutschnationalen Landtagsfraktion.

Nach dem Ableben des bisherigen Vorsitzenden, des Abgeordneten Hofmann, hat sich der Vorstand der Deutschnationalen Landtagsfraktion in Sachsen neu gebildet. 1. Vorsitzender ist Abg. Dr. Ederle, 2. Vorsitzender Abg. Siegert, Schriftführer Abg. Börner.

Der Wahlausruf der Demokraten

In dem gestern veröffentlichten Wahlausruf der Deutschen Demokratischen Partei heißt es:

Die langjährige Mitwirkung der Deutschen Demokratischen Partei an der Regierung ist im Reich zweimal, zuletzt im Jahre 1927 durch eine Rechtsregierung abgelöst worden. Nicht einen Baustein haben diese Rechtsregierungen dem Gebäude der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches hinzugefügt. Und der Grund für dieses völlige Versagen der Rechtsregierung? Es ist die Tatsache, daß sich die konservative Weltanschauung in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern unfähig erwiesen hat, ein vorwärtstrebendes, jugendreiches, zukunftsreiches und aufbaubedürftiges Volk zu regieren.

Wir treten ein für die Politik der Verständigung, wie wir sie seit neun Jahren geführt, denn wir wissen, daß die großen Ziele deutscher Außenpolitik nicht durch Sabeltrassen und tönende Phrasen erreicht werden können.

Wir verlangen den deutschen Einheitsstaat

aus staatspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, zugleich mit einer Neugliederung des Reiches, der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern und weitestgehender Selbstverwaltung. Grundidee unserer inneren Politik ist und für alle Zeit der Gedanke der Volksgemeinschaft.

Wir werden auch in Zukunft die Träger einer auf freierheitlicher Entwicklung fußen-

den Geistes- und Kulturpolitik sein. Unser Schulideal ist die Gemeinschaftsschule, die das Einheitliche des deutschen Kulturgutes gegenüber dem Trennenden der Weltanschauungen und Konfessionen betont.

Wir verlangen

freie Gestaltung der Wirtschaft.

die Raum läßt für Tatkraft, Unternehmungsgelbst und Vorwärtstreiben des einzelnen.

Deshalb ist uns die Erhaltung und Förderung eines verantwortungsbewußten, selbständigen Mittelstandes wesentlichste Aufgabe als Grundlage stetiger Entwicklung des Staats- und Gesellschaftslebens. Wir halten eine auf beiderseitiger Gleichberechtigung fußende Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern für eine unentbehrliche Voraussetzung des sozialen Friedens.

In der Außenhandelspolitik verlangen wir Förderung einer Handelsvertragspolitik, wie sie zur Ernährung und Beschäftigung unseres auf engstem Raum zusammengedrängten Volkes notwendig ist.

Gegenüber dem immer weiteren Anschwellen der öffentlichen Ausgaben und einer Finanzpolitik ohne Ziel und Programm verlangen wir die

Einsparung der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Rahmen dessen, was deutsche Wirtschaft tatsächlich leisten kann,

mit dem Ziel umfassender Senkung der Gesamtheit der öffentlichen Anforderungen. Wir halten fest an den Errungenschaften unserer öffentlich-rechtlichen Sozialpolitik, verlangen aber, daß ihre Einrichtungen der Selbstverwaltung von Unternehmern und Arbeitnehmern unterstellt werden. Unser besonderes Interesse gehört denen, die durch die Inflation und eine fehlerhafte Aufwertungsgesetzgebung ihr Vermögen eingebüßt haben. So bleibt unser Programm das alte, das nun durch bald zehn Jahre der Arbeit und Verantwortung gerechtfertigt worden ist.

Schwere Wahlzusammenstöße

Am Freitag abend kam es in Uetzeren bei Hamburg anlässlich einer Wahlversammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. In der Diskussion beschuldigte ein Sozialdemokrat Hitler, daß er französisches Geld angenommen habe. Daraufhin sprangen mehrere Nationalsozialisten auf und bedrohten den Redner. Im selben Augenblick drangen etwa 150 Reichsbannerleute gegen die Nationalsozialisten vor. Es kam zu einer schweren Prügelei, bei der mehrere Personen verletzt wurden.

Nach einer Wahlumgebung der Nationalsozialisten im Berliner Osten kam es am Freitag abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten. Mehrere Personen wurden verletzt.

Deutschlands Antwort an Amerika

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Auswärtigen empfing gestern den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika und überreichte ihm eine Note der deutschen Reichsregierung auf die an Deutschland gerichtete Anfrage der Vereinigten Staaten betr. die Stellung Deutschlands zu einem Kriegsschlichtungspakt. Die Antwort wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Wie die „Germania“ zu berichten weiß, ist die deutsche Note an Amerika im Prinzip zustimmend gehalten. Da der Friedenspakt moralische wie politische Bindungen von großer Tragweite in sich schließt, werde eine endgültige deutsche Stellungnahme bereitwillig bis zur neuen Bildung der Regierung zurückgestellt werden müssen. Eine besondere Antwort an die französische Regierung ist zunächst nicht vorgesehen.

Die deutschen Flieger in Washington

Die Beisehung Bennetts.

Die sterblichen Ueberreste des Nordpolflegers Bennett sind am Freitag in Washington eingetroffen und unter großen Feierlichkeiten auf dem Nationalfriedhof in Arlington in der Nähe der Ruhestätte des Nordpolentdeckers Peary beigesetzt worden.

Begeisterter Empfang in Newyork.

Den Ozeanfliegern wurde bei ihrer gestrigen Zwischenlandung auf dem Newyorker Flugplatz Curtissfeld ein begeisterter Empfang zuteil, obwohl die Tatsache der Landung absichtlich verheimlicht worden war, da die Ozeanflieger beschloffen haben, keinerlei Ehrung über sich ergehen zu lassen, ehe sie nicht ihrem toten Kameraden Bennett die letzte Ehre erwiesen haben. Die Polizei hatte große Mühe, das andrängende Publikum von dem Flugzeug fernzuhalten. Die Flieger setzten des anhaltenden Regens wegen die Reise nach Washington mit der Bahn fort.

Newyork, 28. April. (Radio.) Die Ozeanflieger sind gestern abend um 10 Uhr in Washington eingetroffen. Der Besuch wird ganz inoffiziellen Charakter haben. Die Flieger werden lediglich einen Kranz am Grab Bennetts niederlegen. Die Ozeanflieger werden mit Balchen nach Newyork zurückfliegen. Ihre Ankunft wird gegen 2 Uhr erwartet.

Am Sonnabend oder Sonntag werden die Flieger Coolidge vorgestellt, am Montag findet dann der große Empfang in Newyork statt.



Das erste Bild von Fräulein Juncker aus Montreal

Fräulein Gertha Juncker, die Tochter des Professors Juncker, floh nach Entsetzen der Nachricht von der Landung der „Dresden“ auf Greenlands Island mit einem Juncker-Flugzeug von Newyork nach Montreal, von wo sie die Hilfsaktion für die deutschen Flieger einleitete. Unser Bild zeigt Fräulein Juncker unmittelbar nach ihrer Landung in Montreal.